

Haushaltsrede 2020

Sehr geehrter Herr Trost,

sehr geehrte Frau Wunschik, meine Damen und Herren,

unsere Gesellschaft befindet sich in einem bisher undenkbaren Ausnahmezustand und wir erleben die drastischsten Einschnitte seit der Ölkrise 1973. Dabei lernen wir unsere Gesellschaft besser kennen. Was ist wirklich wichtig, was nicht ... Vieles deutet darauf hin, dass diese Gesellschaft nach dieser Krise nicht mehr die selbe sein wird. Mit der Corona-Pandemie werden die Konstruktionsfehler einer profitorientierten globalisierten Wirtschaft deutlich. Die Märkte, die angeblich alles zum Guten regeln, versagen. Und wieder einmal mehr sollen Staat und die Politik die großen gesellschaftlichen Systeme funktionsfähig halten. erinnert sich jemand an die Finanzkrise 2008 ...?

Andere Themen wie bspw. das Flüchtlingsdrama an der EU Außengrenze bekommen nicht mehr die Aufmerksamkeit, die ihnen gebühren. Was ist angemessen? Was ist übertrieben? Balance muss gefunden werden. Wann sind Nebeneffekte negativer als der Gewinn wie Einsamkeit, Gewalt in Familien, Selbsttötungen. In welchem Verhältnis stehen die Effekte der sozialen Distanz zu diesen Nebeneffekten. Fragen über Fragen, die den Einzelnen meist überfordern und deshalb verunsichern.

Und dennoch müssen wir Stadträte unserer Pflicht genügen und den Haushalt 2020 beraten und entscheiden. Dazu gehört auch eine Haushaltsrede, so schwer es in diesen Tagen auch fällt.

Der Ergebnishaushalt wird dieses Jahr nicht ausgeglichen. Vielmehr weist dieser ein Minus von 573.000 € aus. Zwar sind die ordentlichen Erträge um 2,1 Mio. € höher als letztes Jahr, doch die Aufwendungen sind auch um 2,7 Mio. € gestiegen. Das betrifft besonderes die Personalaufwendungen. Die Kosten für das städtische Personal steigen auf nunmehr 13 Mio. €. Und da kommen wir noch günstig weg. Denn eigentlich müssten bspw. das Personal in den Kindertagesstätten und Kindergärten viel besser bezahlt werden. Doch wir leben in einer Gesellschaft, die Personen, denen wir unsere Kinder anvertrauen, wesentlich weniger bezahlt als Personen, denen wir unser Geld anvertrauen, sprich Banker. Das drückt doch deutlich aus, wie es um unsere Denkweise steht. Dabei ermöglichen die Erzieher erst, dass andere überhaupt arbeiten können. Das gilt auch für andere Leistungsträger der Gesellschaft. Sie pflegen alte Menschen, steuern Krankenwagen, bringen den Müll weg oder sitzen an Supermarktkassen. In der Regel schlecht bezahlt, sorgen sie im Moment dafür, dass der Kern des gesellschaftlichen Lebens nicht kollabiert. Deshalb hier und heute unser ausdrücklicher Dank an diese wirklichen Leistungsträger.

Die geplanten Steuereinnahmen basieren auf Wachstumsprognosen. Diese aber dürften im Hinblick auf den Coronavirus hinfällig sein. Denn der soll das Wachstum bremsen und wird eine Rezession verursachen, im Fachchinesisch der Wirtschafts-

wissenschaftler negatives Wachstum genannt. Das liegt aber primär daran, dass Deutschland knapp 50 % seiner Wirtschaftsleistung exportiert und wir deshalb auf funktionierende Handelsströme angewiesen sind, um unseren Wohlstand zu erhalten oder wie angestrebt zu erhöhen. Satiriker würden den Coronavirus auch als klimaschonendes Programm bezeichnen. Produktionsstopps und weniger Flüge senken die Emissionen von CO₂ und weniger Wachstum bedeutet daher weniger Klimaschädigung ... aber u.a. auch weniger Steuereinnahmen für die Kommunen.

Um nicht missverstanden zu werden: natürlich darf die Coronakrise nicht als Klimaschutz gewertet werden. Allerdings wird durch die Krise deutlich, dass sich unser Wirtschaftssystem den Schutz der Menschen vor Ansteckung wie bspw. durch Produktionsunterbrechungen offensichtlich gar nicht leisten kann. Denn systemgerecht erfüllt das Kapital nur im Wachstum seinen Daseinszweck. Wir werden das wahrscheinlich bei unserer kommunalen Finanzkraft erleben und aushalten müssen. Das negative Ergebnis im Plan 2020 wird deshalb in der harten Realität absehbar noch schlechter ausfallen. Ich denke, wir werden dieses Jahr erstmals einen Nachtragshaushaltsplan ausarbeiten und verabschieden müssen. Die Planzahlen in diesem Haushalt dürften Makulatur sein.

Ich zitiere Frau Wunschik in ihrer Haushaltsrede zu den Schulden: „Bereits im Jahr 2020 werden die liquiden Mittel, bis auf den gesetzlichen Mindestbestand, aufgebraucht sein, so dass in den kommenden Jahren Kredite aufgenommen werden müssen. Da diese für die Substanzerhaltung und zur Schaffung von Infrastruktur aufgenommen werden, sind diese Schulden per se nichts Schlechtes!“

Und das wurde von unserer Kämmerin in Kenntnis davon geäußert, dass die Gesamtschulden Ende 2023 planmäßig netto 42 Mio. € ausmachen werden. Respekt! Das sind neue Worte, die Herrn Heim nie über die Lippen gekommen wären. Diese Äußerung wurde noch vor der Coronakrise gemacht ... ob das auch noch gilt, wenn unsere Steuereinnahmen einbrechen ...? Wir müssen wohl die eine oder andere Investition streichen oder verschieben. Das werden wir in einer Klausurtagung klären müssen.

Ich habe zu staatlichen Schulden ohnehin kein negatives und ein eher entspanntes Verhältnis. Wer denn sonst als der Staat oder die Kommune soll das viele Geld der Sparer und Reichen nutzen? Das viele Geld würde doch ansonsten nur für Spekulationen genutzt. Der Staat und die Kommune müssen anders wirtschaften als eine Familie mit schwäbischer Hausfrau. Zusammengefasst bin ich der Auffassung, dass Schulden dann ok sind, wenn mit diesem Geld in Kinder und Bildung sowie Wohnraum investiert wird. Und das ist in Marbach im Großen und Ganzen der Fall. Eine gerechtere und bessere Finanzierung wäre aber natürlich eine Steuererhöhung für Besserverdienende und Vermögende. Aber eine Vermögensabgabe für Reiche in dieser Krisensituation fordert nur eine Partei, die Linke. Schade eigentlich ...

Wie gesagt, staatliche oder kommunale Schulden sind ok, wenn damit Vermögenswerte geschaffen werden sprich investiert wird. Und wir investieren fleißig. Dieses große Investitionsprogramm in Höhe von sage und schreibe knapp 28 Mio. € ist mutig und auch notwendig. Das scheint auf den ersten Blick ein Widerspruch zu meiner hier im Gemeinderat schon mehrfach geäußerten Wachstumskritik zu sein. Aber wenn in Bildung und Kinder sowie preiswerten Wohnraum investiert wird, ist das ok Wenn dafür bspw. weniger Autos produziert werden. Ministerpräsident Kretschmann hatte mal kurz nach Amtsantritt im April 2011 eine Aussage gemacht, die ehrlich war und zu der er heute nicht mehr steht: „Weniger Autos sind besser als Mehr“. erinnert sich daran noch jemand?

Die zahlreichen Investitionen sind im Vorbericht des Haushaltspanes und in der Rede unserer Kämmerin im Einzelnen genannt. Das muss nicht wiederholt werden. Und wie gesagt, welche Investitionen nicht realisiert werden, müssen wir noch entscheiden.

Aus der Schuldenübersicht ergibt sich, dass die Stadt und die Eigenbetriebe teils Kredite bedienen, die einen Zinssatz von 5 % und mehr verlangen. Eigentlich wollten wir hier beantragen, dass die Verwaltung vor Ablauf der Zinsbindungsfrist umschuldet und die Vorfälligkeitsentschädigung in Kauf nimmt. Denn das rechnet und lohnt sich. Da aber die Verwaltung im Verwaltungsausschuss zusicherte, dies in Angriff zu nehmen, scheint ein Antrag unnötig zu sein.

Aber wir sind am hohen Schuldenstand auch selbst schuld, weil wir in der Vergangenheit viel Geld unnötig ausgegeben haben. Dazu zähle ich u.a. die zahlreichen Beratungskosten. Was haben wir nicht alles prüfen und begutachten lassen, und manches davon liegt in irgendwelchen Schubladen oder wird gar missachtet wie bspw. die Ergebnisse der Parkplätze. Das gilt aber auch für Investitionen, bei denen wir viel Geld hätten sparen können. Beispiel Bauhof - besser wäre gewesen, die dortige Fläche für Wohnraum zu nutzen und den Bauhof an der Feuerwache neu zu bauen. Aber da habe auch ich schlicht gepennt ... Oder das Pfundhaus/Neues Rathaus: 6,3 Mio. € wird das kosten, eher wohl mehr ... Hier wäre weniger Bürofläche mehr gewesen. Über den Büros gebauter Wohnraum, also Eigentumswohnungen, hätte bei deren Verkauf Geld gebracht. Und der Umbau Marktstraße 32 in Wohnraum wird eher schwierig und teuer. Der Zuschnitt der Zimmer ist leider sehr ungünstig!

Und wir wollen weiter sinnlos alten Denkkategorien entsprechend Geld ausgeben wie das Beispiel Parkplätze unterstreicht. Für die Parkplätze Güntterstraße, Parkplatz Mühlweg und Parkplatz Bottwartalstraße sollen planmäßig in 2021 zusammen erneut ca. knapp 1,2 Mio. € in die Hand genommen werden. Und das, obwohl eine Untersuchung durch ein Fachbüro ergeben hat, dass wir mit Ausnahme in der

Innenstadt selbst keinen Mangel an Parkplätzen haben. Wir müssen hier umdenken und weg von der autofreundlichen Stadt kommen.

Wir haben allerdings auch viel geleistet und Geld sinnvoll ausgegeben wie für die preiswerten Wohnungen in der Affalterbacher Straße. Dieses herausragende Projekt wird doch einigen Marbachern helfen, ohne allerdings das Grundproblem lösen zu können. Das Grundbedürfnis, eine Wohnung zu haben, darf eben nicht dem freien Markt überlassen werden. Aber auch im Kinderbereich wurde von der Stadt viel geleistet. Die Stadt hat den Anbau der Kita Sonnenschein von 40 auf 60 Plätze realisiert und dafür auch das erforderliche Personal angestellt. Der Ahornkindergarten wurde saniert. Ein neues Kinderhaus wurde in der Kernerstraße geplant und ist derzeit im Bau. In Rielingshausen wurde der Gässle-Anbau geplant und dieser wird aktuell gebaut. Eine Kindergruppe für Kinder mit Fluchterfahrung wurde in Rielingshausen gegründet. In der Backnanger Straße wurde das Provisorium eingerichtet und aufgebaut, mit neuen Kindern und auch immer wieder neuem Personal. Das alles kostet viel Geld und ist nur zu loben! Denn Kinder sind das Beste, was uns passieren kann.

Und dennoch ist mir bei der aktuellen finanziellen Situation schleierhaft, wie wir uns für eine Gartenschau verpflichten wollen, die weitere Millionen kosten wird. Können wir das wirklich tragen, bei einem planmäßigen Schuldenstand von demnächst 42 Mio. €? Zur allgemeinen politischen Situation in dieser rauen Zeit will ich heute nicht ausführen. Das macht nur depressiv. Nur eines: Wachstum ist das Grundübel des Kapitalismus, weshalb auch ein grünes Wachstum keine Lösung für die vielen Krisen in unserer Gesellschaft und für die Menschheit im Allgemeinen ist.

Zur Flüchtlingsaufnahme und den damit verbundenen Kosten bleibt zu erwähnen, dass dies für eine humane Gesellschaft selbstverständlich sein muss, wenn auch immer wieder andere Stimmen laut werden.

Gefreut hat uns teils das Investitionsprogramm, in dem bspw. für das Jahr 2021 ein weiteres Projekt Preiswerter Wohnraum vorgesehen ist. Dafür sind 2 Mio. € eingestellt. Das begrüßen wir ausdrücklich und wird hoffentlich im Hinblick auf reduzierte Steuereinnahmen nicht Teil eines Streichkonzertes werden.

Zu unseren Anträgen werden wir nachher ausführen. Noch eine Anmerkung zu deren Anzahl, die ja von den Freien Wählern polemisch kritisiert wurde: Wenn jeder Stadtrat 3 Anträge stellen würde, dann wären das 70 Anträge ... und sinngemäß, dass dies die Verwaltung überfordern würde. Ich denke, dass PULS nun mal kreativer und aktiver ist als der Durchschnitt. Und wir haben noch viele Ideen, die in Anträge münden sollten. Wir hatten bei der Kommunalwahl ein Wahlprogramm und Ziele in unserem Flyer dargestellt, das und die wir ernst nehmen. Wenn die anderen Fraktionen das anders sehen und ihren Wahlaussagen keine Taten folgen lassen, dann bleibt das deren Sache.

Und ich möchte doch darauf hinweisen, dass die Bearbeitung dieser Anträge für eine erfahrende Verwaltung nicht viel Aufwand verursachen kann. Zudem sehen die Anträge teils sogar Einnahmen vor. Geschuldet ist die Zahl der Anträge auch dem Umstand, dass uns der Fraktionsstatus verweigert wird und deshalb unsere Anträge vom Bürgermeister nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Bei Anträgen zum Haushaltsplan ist das anders. Geben sie uns den Fraktionsstatus und wir können die Anträge zeitlich besser verteilen. Denn nur dann ist gewährleistet, dass die Anträge auch im Gemeinderat beraten und entschieden werden. Ein Fraktionsmitglied der Grünen hat ja vor mehr als 6 Monaten öffentlich angedeutet, einen derartigen Antrag für einen Fraktionsstatus zu stellen ... aber das war dann wohl doch nicht ganz ernst gemeint.

Mit der aktuellen Ausnahmesituation habe ich meine Rede begonnen und mit dieser will ich auch enden. Diese Krise muss Zeit und Anlass sein für eine radikale Kritik der bestehenden Zustände und unserer Lebensweise. Wir werden nach dieser Krise nicht mehr dieselben sein wie vorher, haben doch die meisten von uns eine derartig surreale Situation noch nicht erlebt. Wir müssen lernen, nicht mehr so weitermachen zu dürfen wie vor Corona. Und eines hat diese Krise auch gezeigt: die Politik ist zu harten Maßnahmen fähig, wenn es ums Überleben geht. Und dass die allermeisten BürgerInnen bereit sind, mitzuziehen. Vergleichen wir doch mal die gesetzlichen Maßnahmen mit den Maßnahmen derselben Regierung mit Blick auf den Klimawandel und Artensterben. Da fällt doch auf, dass wir und andere Staaten in der Corona-Pandemie schnell und extrem stark handeln und für unsere Gesundheit auf Wirtschaftsinteressen keine Rücksicht nehmen. Dass das aber in der Klimafrage seit vielen Jahren so gut wie nichts passiert. Forderungen nach wirkungsvollen Klimaschutzmaßnahmen werden regelmäßig abgeschmettert. Kurzstreckenflüge verbieten? Unmöglich! SUVs in Innenstädten untersagen? Undenkbar! Kohleausstieg bis 2025? Gefährdet Arbeitsplätze! Fleischkonsum drosseln? Ökodiktatur! Autokonzerne zum Bau von öffentlichen Verkehrsmitteln umfunktionieren? Kommunismus! Doch angesichts des Virus ist plötzlich fast alles möglich. Geht doch, könnte man sagen. Das muss beim Klimaschutz auch funktionieren, bleibt aber leider offen. Aber hoffen, das darf man doch. Denn die Bedrohung des Lebens auf der Erde durch Klimawandel und Artensterben ist schwerwiegender als diese vorübergehende Coronakrise ... und tödlich für Millionen Menschen.

Dem Haushaltsplan werden wir nicht zustimmen können. Zu viele Planansätze widersprechen unserem kommunalen Anliegen wie bspw. die für Parkplätze oder Kinder-artengebühren.

Hendrik Lüdke für PULS, Marbach, den 02.04.2020